

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

17 (20.1.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3800 I.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hittlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: L. Dups, Durlach.



Anzeigeberechnung: Die 6gepaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Kellamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezogener keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 17

Samstag, den 20. Januar 1934

105. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die deutsche Antwort auf die französische Denkschrift wurde am Freitag dem französischen Botschafter zugeleitet

Der Völkerbundsrat wird am Samstag die Saarfrage behandeln; England soll sich mit Frankreich geeinigt haben.

Kommerzienrat Köhling gab in Genf vor der internationalen Presse Erklärungen über die Lage im Saargebiet und die Bedeutung der deutschen Front ab.

Der Verteidiger der bulgarischen Angeklagten im Reichstagsbrandstiftungsprozess wies die neuen Beschläge des Auslands zurück.

In der französischen Kammer kam es zu tödlichen Zusammenstößen und persönlichen Skandalen.

Frankreich hat heute an England die Liste der englischen Waren übermittelt, für die wieder die volle Höhe der Kontingente zugestanden worden ist.

Der Senat hat der Regierung in der Frage Stawisch gleichfalls das Vertrauen ausgesprochen.

In der französischen Kammer übte der Generalberichterstatter des Ausschusses für öffentliche Arbeiten vernichtende Kritik an den französischen Eisenbahnverhältnissen, die Schuld daran trügen, daß sich das tragische Eisenbahnunglück von Lagun zu einem Skandal ausgewachsen habe.

Beleid des Reichspräsidenten zum Erdbebenunglück in Indien

Berlin, 19. Jan. Anlässlich des schweren Erdbebenunglücks in Indien hat Reichspräsident von Hindenburg an Seine Majestät den König von England ein in herzlichen Worten gehaltenes Beleidstelegramm gerichtet.

Ernennungen in der SA.

Berlin, 19. Jan. Durch die Oberste SA-Führung sind in den letzten Tagen, wie die „Deutsche Zeitung“ meldet, folgende Ernennungen und Beförderungen vorgenommen worden:

Ernannt wurden zum Führer der Obergruppe 2 (Stettin): Obergruppenführer Karl Sigmund Vitzmann. Beauftragt wurden mit der Führung der Obergruppe 1 (Königsberg) und der Gruppe Ostland: Gruppenführer Heinz Schöne unter Enthebung von seiner bisherigen Dienststellung als Führer der Gruppe Nordmark; mit der Führung der Gruppe Nordmark: Brigadeführer Otto Schramme unter Enthebung von seiner bisherigen Dienststellung als Führer der Brigade 66 (Münster).

Befördert wurden zum Brigadeführer: Der Führer der Brigade 6 Oberführer Magimilian Linzmann; der Führer der Brigade 15 (Holtzheim), Oberführer Georg Kow; der Referent beim Sonderbevollmächtigten des Obersten SA-Führers für das Land Bayern, Oberführer Bunge.

Generalmajor von Reichenau

Zur Beförderung des Chefs des Ministeramts

Der Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, Oberst von Reichenau, ist zum Generalmajor befördert worden. Der Vorkriegs-Chef des Ministeramts entspricht etwa dem der Staatssekretäre in anderen Ministerien. Er hat zugleich militärische und politische Bedeutung. Im Jahre 1884 geboren, trat Walter von Reichenau nach Beendigung des Gymnasiums in seiner Vaterstadt Karlsruhe im Jahre 1903 in das 1. Garderegiment Artillerie-Regiment in Berlin ein. 1911 wurde er als Oberleutnant zur Kriegsakademie kommandiert, von der aus er zu Beginn des Weltkrieges als Regimentsadjutant des 1. Garderegiments Artillerie-Regiments ins Feld zog. Noch im Jahre 1914 wurde er zum Hauptmann befördert und an die Spitze einer Batterie gestellt. Im nächsten Jahre wurde er in den Generalstab versetzt und war bis zum Kriegsende in verschiedenen Generalstabstellungen tätig. Nach dem Kriege trat Reichenau in das neue Heer über und war zunächst als Generalstabsoffizier im Grenzschutz beschäftigt. Nach Schaffung der Reichswehr trat er zum Stabe des Artillerie-Führers 6 und führte von 1921 bis 1923 eine Maschinengewehrkompanie in Münster. 1924 zum Major befördert, kam er zum Stab des Gruppenkommandos 1 in Berlin. 1927 wurde Reichenau zur Inspektion der Nachrichtentruppen versetzt, deren Stabschef er zwei Jahre später wurde. 1931 kam er als Chef des Stabes zur 1. Division nach Königsberg, an deren Spitze damals Generalleutnant von Blomberg stand. Im folgenden Jahre wurde er zum Oberst befördert. Am 1. Februar 1933 zog er mit seinem Chef in das Reichswehrministerium ein, als Nachfolger des Obersten von Fretow, der unter General von Schleicher das Amt eines Chefs des Ministeramts innegehabt hatte.

Die deutsche Antwort in Paris überreicht

Die Antwort auf das französische und englische Memorandum übergeben

Berlin, 19. Jan. (Amtlich.) Am Freitag nachmittag empfang der Reichsaußenminister Freiherr von Neurath den französischen Botschafter Francois Poncet und übergab ihm die deutsche Antwort auf das von dem französischen Botschafter am 1. Januar 1934 überreichte aide memoire in der Abrüstungsfrage. Der Reichsminister erläuterte dem Botschafter den Inhalt des Schriftstücks. Ebenso empfing Freiherr von Neurath den englischen Botschafter Phipps und übergab ihm die Antwort auf das Memorandum, das dieser im Auftrag der königlich englischen Regierung dem Herrn Reichsfinanzminister am 20. Dezember 1933 überreicht hatte.

Der Umfang der Antwort auf das aide memoire. DRB. Berlin, 19. Jan. Wie wir hören, handelt es sich bei der dem französischen Botschafter übergebenen Antwort um ein umfangreiches Schriftstück, das 14 Schreibmaschinenseiten umfaßt. Es ist in entgegenkommendem Tone gehalten und kommt daher der Forderung der von beiden Seiten gewünschten Verständigung entgegen. Seine Tendenz ist die Fortsetzung und die Vertiefung der begonnenen Aussprache.

Berliner Professoren zur Überreichung der deutschen Antwort

DRB. Berlin, 20. Jan. Die Überreichung der deutschen Antwort auf das vom französischen Botschafter am 1. Januar überreichte aide memoire gibt den Berliner Blättern erneut Gelegenheit, sich mit der Lage in der Abrüstungsfrage zu beschäftigen.

Der „Völkische Beobachter“ erklärt: Die Franzosen sind auf dem Standpunkt vom 14. Oktober stehengeblieben oder sie haben sich nur wenig von ihm entfernt. Sie haben uns eine entehrende Bewährungsfrist zugemutet. Verteidigungswaffen sind uns ebenso zugekommen wie die Erhöhung der Heeresstärke, darüber braucht also grundsätzlich nicht mehr gestritten zu werden. Es bleibt als kritische Kernfrage die übrig, zu welchem Zeitpunkt Deutschland seine bestehenden Forderungen nach Sicherheit erfüllt sehen wird. Für Frankreich ist es sehr einfach, sein Heer von einer so wie so kurz dienenden Mannschaft in eine noch kürzer dienende umzuwandeln. Deutschland aber soll das Reichsheer, das sich aus Soldaten zusammensetzt, die zwölf Jahre lang dienen, in ein Milizheer umwandeln. Erst in einer zweiten Etappe sollen nach den französischen Vorschlägen dann die erforderlichen Waffen für dieses neue Milizheer beschafft werden. Man mutet uns also eine nochmalige Abrüstung zu, denn es ist klar, daß durch eine derartige Umorganisation unsere Wehrkraft noch weiter vermindert werden würde.

Die Berliner „Börsezeitung“ unterstreicht, daß das grundsätzliche Hauptziel der deutschen Politik nach wie vor die Abrüstung der hochgerüsteten Mächte ist und daß die deutsche Forderung nach einer Anpassung des deutschen Rüstungsstandes an die primitivsten Verteidigungsnotwendigkeiten keine Aufrüstungsforderung, sondern eine Minibeförderung deutscher Gleichberechtigung ist. Das Blatt nimmt in diesem Zusammenhang auch zur letzten Chautemps-Rede Stellung und weist darauf hin, daß bisher noch kein maßgebender französischer Staatsmann den Nichtabrüstungswillen seines Landes in so ungeschminkter Form kundgegeben habe.

Die „Deutsche Zeitung“ sagt: Sollen die Verhandlungen das nicht nur von Europa, sondern von der ganzen

Welt gewünschte Ergebnis haben, nämlich freundliche Beziehungen zwischen Deutschland und den Nachbarländern herbeizuführen, dann muß man auch auf der anderen Seite mit Ernst und freundschaftlichem Willen an diese Verhandlungen herangehen. Das Verhältnißliche und Verständnisbereite der deutschen Antworten an Frankreich und England bietet die beste Grundlage hierfür.

In der „Kreuzzeitung“ wird festgestellt, daß die Argumente, mit denen Frankreich seine zweifelhafte Haltung verteidigt, heute weniger durchschlagend denn je seien. Allmählich habe es sich in der Welt herumgesprochen, daß Deutschland gerade unter seiner neuen Staatsführung nur noch friedliche Absichten habe und daß im Vordergrund unseres Interesses die Arbeiten für den inneren Aufbau stehen. Man muß endlich auch der Tatsache Rechnung tragen, daß das Sicherheitsbedürfnis des deutschen Volkes nicht mit anderen Maßstäben gemessen werden darf, als das anderer großer Völker.

Der „Kölnischer Anzeiger“ stellt fest, daß nunmehr die Entscheidung wieder vollständig in die Gegenseite übergegangen sei. Die entscheidende Frage, von der alles weitere abhängt, sei die „Bewährungsfrist“ vor der Durchführung der Gleichberechtigung, die für uns selbstverständlich nicht nur praktisch, sondern auch moralisch unannehmbar sei.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt: Es wäre an der Zeit, daß die Gegenseite das hohe Maß deutscher Geduld durch ein greifbares Entgegenkommen anerkennen würde, anstatt es abermals auf eine schwere Probe zu stellen.

Havas über den Inhalt der deutschen Antwort

DRB. Paris, 19. Jan. Der Berliner Vertreter der französischen Nachrichtenagentur Havas erklärt im Zusammenhang mit der deutschen Antwort auf die französische Denkschrift, daß die deutsche Antwort in dem gleichen verständlichen Tone gehalten sei wie die französische Denkschrift. Sie sei sehr gewissenhaft gehalten und enthalte sehr ausführliche Einzelheiten über die Haltung der Reichsregierung gegenüber den französischen Vorschlägen. Die deutsche Antwort halte sich im Großen und Ganzen im Rahmen der bisherigen deutsch-französischen Besprechungen. Man habe deutscherseits außerdem Wert auf den Hinweis gelegt, daß die Fortsetzung dieser Besprechungen im beiderseitigen Interesse nützlich sei. Ein Punkt der französischen Denkschrift habe jedoch deutscherseits grundsätzliche Einwendungen hervorgerufen. Wenn auch das Wort „Probezeit“ nicht mehr vorhanden sei, nehme man an, daß Frankreich daran festhalte. Deutscherseits erkläre man dazu, daß Alles, was einer solchen Probezeit ähne, eine Diskriminierung Deutschlands darstelle und eine Verletzung seiner Ehre sei. Man sei deutscherseits der Ansicht, daß die Abrüstung nicht in zwei Abschnitten durchgeführt werden könne. Ein anderer deutscher Einwand betreffe die Effektstärke des künftigen deutschen Heeres. 200 000 Mann seien nicht genügend, um die Sicherheit Deutschlands zu verbürgen. Unter diesen Umständen sei das augenblickliche Berufsheer mit seinen gleichen Effektbeständen noch mehr wert. Das neue deutsche Heer müßte außerdem über alle Waffen verfügen, die als Verteidigungswaffen anerkannt worden seien. Es scheine, als ob der Reichsfinanzminister der Kontrolle über die sogenannten militärischen Organisationen zugestimmt habe, vorausgesetzt, daß sich diese Kontrolle ebenfalls auf alle ähnlichen Organisationen in den anderen Ländern erstreckte. Was schließlich die Frage der Luftstreitkräfte anlangt, so halte man deutscherseits die Herabsetzung der französischen Luftstreitkräfte um 50 v. H. für ungenügend beziehungsweise bedeutungslos, wenn Deutschland über feinerlei Luftflotte verfügen dürfe. Außerdem wünsche man deutscherseits Aufklärung darüber, was aus den anderen 50 % Flugzeugen würden, die man abschaffen wolle.

Die Saarfrage am Samstag vor dem Völkerbund

Genf, 19. Jan. Für die Freitag nachmittag im Völkerbundsrat erwartete große Aussprache über die Saarfrage haben sich viele internationale Journalisten und ein zahlreiches Publikum im Völkerbundsaal eingefunden. Wider Erwarten wurde das Saarproblem von neuem von der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung abgesetzt und auf Samstag vormittag verschoben.

Diesen Beschluß läßt der Rat in einer geheimen Sitzung. Offenbar sind die Gegensätze innerhalb des Rates selbst noch dadurch nicht bereinigt. Der Rat hat am Freitag nachmittag noch eine zweite streng geheime Sitzung über die Saarfrage abgehalten, zu der auch der Präsident der Regierungskommission Knox zugezogen wurde.

Während die Italiener und Engländer sich bis jetzt gegen eine allgemeine Aussprache über die Saarfrage gewandt haben, weil dadurch die Spannung nur vergrößert werden könnte, scheinen die französisch orientierten Ratsmitglieder immer noch auf eine allgemeine Aussprache hinzuwirken, die sie zu Angriffen gegen die angebliche nationalsozialistische Agitation im Saargebiet benutzen wollen.

Fünferausschuß soll gebildet werden.

T.M. Genf, 19. Jan. Der Völkerbundsrat hat Freitag abend in geheimer Sitzung über die Saarfrage verhandelt. Dabei fand

ein eingehender Meinungsaustrausch über das ganze Problem statt. Besondere Fragen beantwortete der Präsident der Saar-Kommission Knox. Er soll dabei die Lage im Saargebiet als außerordentlich ungünstig und bedenklich geschildert haben. Da der Präsident der Regierungskommission befanntlich in allen Fragen einseitig Partei ergriffen habe, können diese Auskünfte in keiner Weise eine geeignete Grundlage für die Entschlüsse des Rates bilden.

Wie man hört, haben sich im Verlaufe der geheimen Rats-sitzung starke Gegensätze gezeigt. Es ist nicht gelungen, zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen. Grundsätzlich wurde allerdings beschlossen, dem Berichterstatter Aloisi noch vier weitere Ratsmitglieder zuzubilligen, um so einen Fünferausschuß zu bilden, der die Vorbereitungen für die Abstimmung treffen und dem Rat für seine Mai-Tagung Vorschläge unterbreiten soll. Die Namen der vier weiteren Mitglieder stehen noch nicht endgültig fest.

Der Berichterstatter wurde beauftragt, die Verhandlungen über diese Frage bis zu der für Samstag nachmittag vorgesehenen Rats-sitzung zum Abschluß zu bringen.

Auch der Bericht selbst ist am Freitag abend nicht fertiggestellt worden, ein Beweis dafür, daß sich starke Widerstände gegen den schon vorliegenden Berichtentwurf gezeigt haben.

Auch hierüber sollen vor der Ratstagung abschließende Entscheidungen gefällt werden. In Völkerverbänden sagt man, daß zwar gegen getrennt „Nuancen“ beständen, doch könnten auch „Nuancen“ außerordentlich wesentlich sein.

Einigung Englands und Frankreichs in der Saarfrage?

Paris, 19. Jan. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Genf will berichten können, daß Frankreich und England sich über die Behandlung der Saarfrage geeinigt hätten. Paul Boncour habe, so erklärt das Blatt, in seinen Ausführungen zur Danziger Angelegenheit gesagt: „Ich solle dem Bericht Sir John Simons Anerkennung. Die Grundlage dieses Berichts betreffen aber nicht nur die freie Stadt Danzig, sondern auch die anderen unter Völkerverbandskontrolle stehenden Gebiete.“ Nur Eingeweihte, führt der Berichterstatter weiter aus, hätten jedoch begriffen, daß eine englisch-französische Einigung in der Saarfrage erzielt worden sei. Diese Einigung werde sehr bald in bestimmten Bedingungen zum Ausdruck kommen.

Der in Genf befindliche Außenpolitiker des „Petit Parisien“ will die wahrscheinliche Zusammensetzung der Saarabstimmungskommission angeben können: Vorsitzender Baron Moisi (Italien), zwei Vertreter zweier außereuropäischer Länder (Australien und Argentinien) und zwei neutraler europäischer Staaten (Spanien und Dänemark).

Röschling über die Bedeutung der Deutschen Front

Genf, 19. Jan. Der Vorsitzende der in Genf weilenden Abordnung der Deutschen Front des Saargebietes, Kommerzienrat Röschling, erklärte die internationale Presse in längerer Ausführungen über die Lage im Saargebiet und über die internationale Lage auf, daß die Saarbevölkerung heute gegenübersteht. Röschling ging von den Bestimmungen des Versailler Vertrags aus, nach denen die Abstimmung am 10. oder 11. Januar 1935 stattfinden müsse. Sie werde eindeutig ein Ergebnis für die Rückkehr nach Deutschland bringen. Dann schilderte der Vortragende die Bedeutung der Deutschen Front, die heute bereits 90 v. H. der Saarbevölkerung umfasse. Ihr künde das Häufchen der Landesvertreter unter der Führung des sozialistischen Redakteurs Max Braun gegenüber, das noch weitere fünf oder gar zehn Jahre in dem Versailler „Käfig“ sitzen wolle. Röschling wies darauf hin, daß ein Vertrauensbruch durch Verschlebung der Abstimmung das schlimmste wäre, was der Völkerverband dem europäischen und auch dem Weltfrieden antun könnte. Das deutsche und das französische Volk erziehen, so fuhr Röschling fort, „aus heiligem Herzen einen ehrlichen Frieden. Sie wünschen die Jahrhunderte alte Feindschaft zu begraben. Die Kriegsgeneration will keinen neuen Krieg.“

Dann wies Röschling darauf hin, daß der Führer der sogenannten „Freiheitsfront“, Max Braun, im Saargebiet nicht bodenständig und daher auch nicht abstimmungsberechtigt sei. Röschling verglich den Landesvertreter Braun mit dem berüchtigten rheinischen Separatistenführer Dorten. Das sei der einmütige Wille der Bevölkerung. Gleichzeitige bejahe die Saarbevölkerung auch die Regierung Adolf Hitlers, die allein imstande sei, die schwere Lage zu meistern, in der sich Deutschland befinde. Röschling schloß mit den Worten: „Hoffen wir, daß der Völkerverband einseht, daß die baldige Heimkehr des Saarvolks zu Deutschland eine weltpolitische Notwendigkeit ist. Denn nur so werde das Saargebiet kein Zankapfel zwischen den beiden Ländern bleiben.“

Japanisches Ultimatum an Tschachar

Peking, 19. Jan. Einer Meldung der Zeitung „Sunbao“ zufolge haben die japanischen Militärbehörden der chinesischen Provinzregierung in Tschachar folgendes Ultimatum überreicht:

1. Die chinesischen Truppen räumen sofort alle von ihnen besetzten Stellungen an der Großen Mauer bei Liningzu.
2. Die chinesischen Truppen werden in eine entmilitarisierte Zone übergeführt, die auf Grund des in Tantsu abgeschlossenen chinesisch-japanischen Waffenstillstandsabkommens erweitert wird.
3. Die chinesischen Behörden heben alle Verbote auf, die die Verbreitung von mandchurischen Flugblättern in dieser Gegend untersagen.
4. Sollten die chinesischen Behörden diese Bedingungen nicht erfüllen, werden die japanischen Truppen zu militärischen Operationen übergehen.



Der Weg in den neuen Tag

Roman von Helma von Hellenmann
Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Die zusammengepunktete Gestalt straffte sich. „Nein, Herr Steinherr, das will ich nicht!“ Kurz und befehlend klang es. „Wegen des bißchen Hustens — er wird schon wieder vergehen.“

„Und wenn nicht, Vandro?“ Der Blick des anderen ruhte in erster Herzlichkeit auf dem Erregten. „Wollen Sie dem Freund nicht gestatten, seine Sorge zu beruhigen?“

„In dem blaffen Gesicht suchte es. „Es muß vergehen“, sagte er leise, vor sich hinsehend, „was würde denn sonst...“

„Es wird vergehen“, sagte Steinherr laut und riß mit harten Händen das Steuer herum. Nun flogen sie die lange Hauptstraße hinunter. „Und jetzt kein Wort weiter! Noch bin ich Ihr Chef, verstanden?“

„Lungenlatare in fortgeschrittenem Stadium — Bettruhe — äußerste Schonung, hätte schon längst liegen müssen“, meinte der Professor lakonisch, als die Untersuchung beendet und Steinherr allein mit ihm war, während Vandro sich nebenan wieder anklebete. „Er mag sich heute nachmittag im Krankenhaus melden.“

„Nicht nötig, Professor.“ Der große Mann hatte sich erhoben. „Ich bitte Sie, die Behandlung in meinem Hause zu übernehmen und für einen zuverlässigen Pfleger zu sorgen. Herr von Vandro und seine Frau werden bei mir wohnen.“

„Nanu!“
In unverhohlenem Staunen sah der berühmte Arzt zu dem Manne empor. Seit wann gefiel sich Magnus Steinherr in der Rolle des barmherzigen Samariters? Und warum wohl? Da die Frau...“

Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit

Eine Verfassung der Arbeit, keine Regelung von Einzelheiten

Berlin, 19. Jan. Mit der Veröffentlichung des umfangreichen Gesetzgebungswerkes zur Ordnung der nationalen Arbeit ist, wie das WZ-Büro aus gut unterrichteten Kreisen erfährt, schließlich am Samstag zu rechnen, wahrscheinlich wird der Wortlaut aber erst zu Beginn der nächsten Woche bekannt werden. Der wesentliche Inhalt des Gesetzes ergibt sich jedoch bereits aus den Mitteilungen des Reichsarbeits- und des Reichswirtschaftsministeriums vom Dienstag abend. Darnach handelt es sich um ein Grundgesetz, eine Arbeitsverfassung, die bewußt auf die Regelung von Einzelheiten verzichtet. Die Führer der Betriebe und die Betriebsangehörigen selbst werden dieses Gesetz mit Blut und Leben erfüllen müssen. So sind in dem Gesetz zwar die Straftaten und für Ordnungszwänge in Geld auch eine Höchstgrenze festgesetzt, es sind aber auch keine juristisch scharf umrissenen Tatbestände aufgeführt, auf Grund deren die eine oder die andere Strafe verhängt werden dürfte. Auch die Rechtsfolgen der etwaigen Übertretung der Eigenschaften eines Betriebsführers sind nicht genau festgelegt. Erst die Praxis wird alles weitere ergeben, wobei erwartet werden kann, daß die immer stärkere Durchdringung unseres ganzen Volkes mit dem nationalsozialistischen Gedankengut die Anwendung der Schärfe des Gesetzes überhaupt überflüssig machen wird.

Aus diesem Grunde werden sich auch die Durchführungsbestimmungen zu dem Gesetz, die gleichfalls schon in den nächsten Tagen fertiggestellt sein dürften, auf das notwendigste beschränken.

Erste zwölf Sonderzüge kostenlos

Berlin, 19. Jan. Es war bereits mitgeteilt worden, daß im Rahmen der Freizeithaltung „Kraft durch Freude“ im Februar 1934 bereits die ersten zwölf Sonderzüge des Amtes für Reisen, Wandern und Urlaub zusammengestellt werden sollen. Wie das WZ-Büro meldet, hat die Reichsbahn diese ersten zwölf Züge kostenlos zur Verfügung gestellt. Das Berliner Bezirksamt des Amtes für Reisen wird den ersten Sonderzug nach Oberbayern führen. 900 Berliner Arbeiter werden zehn Tage Gelegenheit haben, die Schönheiten Oberbayerns kennenzulernen. Fahrkosten entfallen nicht. Das Verbleibungsgeld beträgt 2 RM pro Tag. Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, wird den ersten Berliner Sonderzug im Rahmen einer Feier auf die Fahrt schicken. In erster Linie sollen an der Fahrt dienstfreie Kämpfer der Bewegung teilnehmen.

Reichsbahn befördert vorzugsweise bewährte Kämpfer für die nationale Erhebung

Berlin, 19. Jan. Der Pressedienst der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft teilt mit: Hat die Deutsche Reichsbahn bisher schon hervorragende Verdienste um die nationale Erhebung in einzelnen Fällen durch bevorzugte Beförderung oder Anstellung als Beamter anerkannt, so hat sie jetzt allgemein verfügt, daß alle die Reichsbahnbeamten und -Arbeiter, die vor dem 30. Januar 1933 als Angehörige der SA, SS und des Stahlhelms oder als Angehörige der politischen Organisationen der NSDAP durch Tat und Wort besonders für die nationale Erhebung eingesetzt sind, in ihren Dienststellungen besonders befördert werden können, sofern sie die dienstlichen Voraussetzungen erfüllen. Solche Beamte werden in erster Linie befördert, Beamtenamtsleiter vorzugsweise angestellt und verdiente Arbeiter werden durch entsprechende Maßnahmen befördert.



Zum erstenmal Briefmarken mit dem Hakenkreuz-Zeichen. Die Reichspost hat jetzt zum erstenmal eine Dienst-Briefmarkenreihe herausgebracht, die im Mittelfeld das Symbol des neuen Deutschland, das Hakenkreuz, zeigt.

Der Reichsbauernntag

Die Eröffnung des Ersten Deutschen Bauerntages in Weimar.

DNB. Weimar, 20. Jan. Der Eröffnung des Ersten Deutschen Bauerntages in Weimar ging am Freitag ein Begrüßungsabend voraus. Die große Weimar-Halle war bis auf den letzten Platz besetzt, als Reichsminister und Reichsbauernführer R. Walther Darre, Reichsstatthalter Sautel, Staatsminister Wächter und Vertreter der thüringischen Regierung stark begrüßt erschienen. Staatsrat und Landesbauernführer Peudert begrüßte die Minister und den Reichsstatthalter. Die Augen aller deutschen Bauern, so führte der Landesbauernführer aus, seien in gläubiger Vertrauen und voller Hingabe auf die Stadt Weimar gerichtet. Weimar ist, so führte der Redner weiter aus, auf das Engste verknüpft mit der Geschichte des Nationalsozialismus. 1930 bestand in Thüringen die erste Regierung mit einem nationalsozialistischen Minister, dem jetzigen Reichsinnenminister Dr. Frick, dessen Schaffen bahnbrechend in Deutschland wurde. In Saale schrieb Diplom- und Koloniallandwirt R. Walther Darre sein grundlegendes Werk „Neuer Adel durch Blut und Boden“. Hier erhielt er vom Führer den Auftrag, die Bauern zu organisieren. In Thüringen bestand die erste rein nationalsozialistische Landesregierung mit den Ministern Sautel, Marichler und Wächter, und hier konnte Reichsstatthalter Sautel im ersten deutschen Lande die Totalität des Nationalsozialismus verkörpern. Der Redner erklärte unter stürmischem Beifall: Diese Tagung soll nicht nur der Tag der deutschen Bauernbefreiung sein, sondern auch der Tag der endlichen Bauernbefreiung. Dieses Werk der Einigung ist heute abgeschlossen. Das deutsche Bauerntum steht wie ein Mann hinter seinem Führer. Das Vertrauen, das der oberste Führer in Darre setzte, hat dieser auf der ganzen Linie gerechtfertigt. Die bisherigen Erfolge des Reichsbauernführers waren nur möglich, weil er in vollster Geschlossenheit dastand. Der Reichsbauernführer hat nichts zu tun mit den Interessengruppen, die früher den Bauern führten. Er trägt seine Aufgabe auf als Dienst am Volke und an der Neugestaltung des deutschen Lebens.

Frick an Darre

DNB. Weimar, 19. Jan. Reichsinnenminister Dr. Frick hat an den Reichsbauernführer Darre zu Beginn des Ersten Reichsbauerntages in Weimar folgendes Telegramm gerichtet:

„Die zum dritten Male in Weimar versammelten deutschen Bauern grüße ich in treuer Kampferbundenheit. Heil dem geeinten deutschen Bauerntum, der ewig rassistischen Grundlage des Dritten Reiches.“

Gegen Hesklingen über die bulgarischen Angeklagten des Reichstagsbrandstiftungsprozesses

Eine Erklärung des Offizialverteidigers.

DNB. Leipzig, 19. Jan. Der Offizialverteidiger der bulgarischen Angeklagten im Reichstagsbrandprozess, Rechtsanwalt Dr. Leicher, veröffentlicht am Freitag folgende Erklärung:

„Zu allzu durchsichtigen Zwecken wird heute (Freitag) in der Auslandspresse die Nachricht verlautbart, der im Reichstagsbrandprozess angeklagte Dimitroff liege im Sterben. Diese Mitteilung bildet, wie alle Meldungen über angebliche schlechte Behandlung der Bulgaren Dimitroff, Popoff und Taneff, nur eine Fortsetzung der Reihe infamer Lügen, wie sie im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand von interessierter kommunistischer und marxistischer Seite verbreitet und im Prozess restlos widerlegt worden sind. Ich stelle aufgrund meines persönlichen Augenscheins und meiner heutigen längeren Rücksprache mit den drei Bulgaren fest, daß an allen diesen Meldungen auch nicht ein wahrer Buchstabe ist, daß die drei Bulgaren in der Schutzhaft, auch nach ihren eigenen Angaben, stets die beste Behandlung erfahren haben, tadellos versorgt sind, von dem Recht des Rauchens ausgiebig Gebrauch machen und sich bester Gesundheit erfreuen, Dimitroff auch regelmäßig die Besuche seiner nahen Angehörigen empfängt. Anderslautende Nachrichten sind heftiger Entstellungen der Wahrheit.“

Bauern baut Flachs!

Berlin, 19. Jan. Wie das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitteilt, werden die für die Förderung des Flachsbaues im vergangenen Jahre ergriffenen Maßnahmen auch für das Anbaujahr 1934 fortgesetzt, und die erforderlichen Mittel hierfür bereitgestellt.

„Nicht wahr, Sie kommen, Professor?“

„Gewiß, da Sie es wünschen.“

Wenn die lange Fahrt jedesmal eine ordentliche Stange Geld kostete, so war das schließlich Steinherr's Sache.

Als Georg von Vandro, dazutretend, von dem Vorhaben erfuhr, sträubte er sich heftig. Das ginge auf keinen Fall!

„Und Ihre Frau“, fragte Steinherr, „soll sie allein da draußen bleiben und jedesmal den weiten Weg zum Krankenhaus machen? Sie sehen, es ist am besten so!“ Und er nahm den Verfürhten kurzerhand beim Arm und führte ihn hinaus. „Gönnen Sie mir die Freude, einem Freund zu helfen“, bat er, ungewohnte Wärme im Ton. „Was gern getan wird, kann doch nicht trüben — nicht wahr?“

Vandro schwieg. Ihm war plötzlich sterbenselend zu mut. Die seit Wochen aufgeweichte Energie und Kraft drohten ihm zu verlassen. Bläß, stumm lehnte er in der Ecke des Wagens, der pfeilschnell dahinschoß. Und an diesem faden Verfall erkannte Magnus Steinherr, wie es um den kleinen Doktor bestellt war, der das letzte hergegeben in seinem Dienst.

Daheim war bereits alles telephonisch bestellt worden. Nun rief Steinherr selbst im Gartenhaus an. Wera suchte zusammen, als sie seine Stimme hörte. Georg krank — oh, ihre Ahnung!

„Sie werden zu mir überjeden, hier kann besser für Ihren Mann gesorgt werden. Es ist schon alles vorbereitet.“

„Nein“, unterbrach sie heftig, dunkelrot vor Erregung, „das gestalte ich auf keinen Fall, Herr Steinherr! Ich werde meinen Mann hier pflegen, oder mit ihm ins Krankenhaus...“

...wo er mit vierzig anderen Patienten im Massensaal für Arme liegt“, schloß die klingende Stimme, brutal vor Ungebild, „eine passende Erholungsstätte für einen Mann wie Georg von Vandro! Es geht nicht anders“, milder, da er ein unterdrücktes Schluchzen gehört. „Seien

Sie vernünftig und packen Sie schnell das Notzuge zusammen, Werner holt Ihre Sachen.“

Die Frau starrte mit hängenden Armen vor sich hin, Angst und Jörn im Herzen, dessen wildes Schlagen sie bis in den Hals hinauf spürte. Georg, der Geliebte, krank — und sie stand mit leeren Händen, unfähig zu helfen, mußte danken, daß der Fremde es tat. Alles in ihr bäumte sich auf bei dem Gedanken. Und sank wieder in sich zusammen in dumpfer Ergebung.

Was konnte sie denn gegen seinen Willen tun in ihrer Armut!

Es war ein schwerer Gang für die Frau ins Herrenhaus. —

In hohen, hellen Räumen lag der Kranke, an dessen Kraft nun wochenlang das Fieber fraß. Aber noch einmal rang sich das Leben durch zum Sieg. Als es besser ging, übernahm Wera die Pflege allein, was ihr über die Peinlichkeit des Aufenthaltes in diesem Hause hinweghalf.

In ihrer Empfindung war und blieb sie der geduldete Gast, den nur Gutmütigkeit und Mitleid beherbergten. Aber um des Geliebten willen hartete sie an.

Täglich kam Steinherr, um nach dem Patienten zu schauen, dem er seine so schwer zu erringende Freundschaft geschenkt und der ihn schon immer ungeduldig erwartete. Und täglich spürte die Frau einen stechenden Schmerz, wenn sie die aufrechte, kraftvolle Erscheinung des anderen mit der abgekehrten Gestalt des Kranken, das gebräunte, schöne Gesicht mit den bleichen Zügen im Bett verglich. Wie böser Jörn wirkte diese gestählte Gesundheit auf sie. Und die Unruhe, die dieses Mannes Nähe stets in ihr auslöste und die in den schlimmsten Krankheitsstadien geschlafen, erwachte und regte sich von neuem.

Oft wanderte des Kranken Blick in lächelnder Verlassenheit von einem zum anderen, wenn die beiden Menschen, die er am meisten liebte, an seinem Bett saßen oder, nebeneinander stehend, gebämpft miteinander sprachen.

(Fortsetzung folgt.)